

BLICKPUNKT KUBA

In dieser Ausgabe:

- Landverteilung auf Kuba beginnt
- The Cuban 5
- „Ein Großteil der Ernte ist vernichtet“
- Krisengipfel zu Bolivien
- Spur der Verwüstung
- Wissenschaft und Technik
- Buchtipp: Fidel Castro „Mein Leben“

Landverteilung auf Kuba beginnt

Havanna. Am heutigen Mittwoch beginnt in einem »beschleunigten Verfahren« die Verteilung »bisher brachliegender Flächen« auf Kuba. Wie das Landwirtschaftsministerium zu Wochenbeginn in Havanna mitteilte, sollte erreicht werden, den Boden »in kürzester Zeit produktiv und nachhaltig zu bewirtschaften«. Offensichtlich geschieht die vorfristige Inkraftsetzung der entsprechenden Gesetze aus dem Juli und August in Reaktion auf die verheerenden Schäden, die die Hurrikans »Gustav« und »Ike« angerichtet haben.

Laut einer ersten Bestandsaufnahme durch den Vizeminister für Landwirtschaft, Alcides López Labrada, wurden unter anderem fast 50.000 Hektar Bananenplantagen, 10000 Hektar Maniok(Yucca), 1.000 Hektar Süßkartoffeln, 300 Hektar Samenanpflanzungen, 154 Gewächshäuser, 12.000 Tabaktrockenhäuser und 138 Windräder vernichtet. An Verlusten wurden zudem 1,1 Million Liter Milch und über eine Million Stück Geflügel genannt. Die stärksten Schäden seien in der Provinz Pinar del Rio und auf der Insel der Jugend sowie in den Ostprovinzen zu verzeichnen. (jW)

Zu Spenden ruft u. a. die Solidaritätsorganisation Cuba Si auf, deren Milchprojekt in Pinar del Rio schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde (Konto: 13222210, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, VWZ: Milch für Kubas Kinder/Pinar del Rio)

junge Welt, 17. September 2008



"Weltweit gibt es etwa 200 Solidaritätskomitees"

Die Kubaner kämpfen weiter um die Freilassung der fünf in den USA inhaftierten Landsleute.

Ein Gespräch mit Elisabeth Palmeiro - Interview: Peter Wolter

Elisabeth Palmeiro ist mit Ramón Labañino verheiratet, einem der fünf Kubaner, die wegen ihres Antiterrorkampfes in den USA lebenslange Freiheitsstrafen verbüßen

Ihr Mann ist jetzt seit zehn Jahren in einem US-Gefängnis inhaftiert, weil er mit vier anderen Kubanern zusammen versucht hat, Terroranschläge gegen sein Land zu verhindern. Haben Sie ihn besuchen können?
Mir wurden bisher fünf Besuche bewilligt. Das letzte Mal habe ich ihn allerdings vor zweieinhalb Jahren gesehen. Die Ehefrauen von René Gonzáles und Gerardo Hernández sind schlechter dran, ihnen wurde die Einreiseerlaubnis achtmal verweigert.

Wie geht es ihm im Gefängnis?

Ramón wurde zu lebenslang plus 18 Jahre verurteilt. Man hat ihn in ein Hochsicherheitsgefängnis gebracht, in dem vorwiegend Schwerverbrecher einsitzen. Das ist sehr gefährlich für ihn, weil die sich in gewalttätigen Banden organisiert haben, die Mithäftlinge terrorisieren.

Gibt es Schikanen der Gefängnisleitung?

Ja natürlich. Sobald irgendein Problem in der Haftanstalt auftritt, bekommen alle Häftlinge Arrest - d. h., sie bleiben zwischen 24 Stunden und acht Wochen in ihren Zellen eingeschlossen. Zusätzlich gibt es spezielle Isolationszellen.

Seit Jahren wird versucht, ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten, bisher vergeblich. In den USA steht jetzt die Wahl eines neuen Präsidenten an - können Sie sich vorstellen, dass bei einem Sieg von Barack Obama bessere Chancen bestehen?

Nein, diese Illusion haben wir nicht. Es könnte allerdings der Fall eintreten, dass die künftige Regierung der USA weniger aggressiv und weniger fundamentalistisch ist als die des gegenwärtigen Präsidenten George W. Bush. Damit könnte sich das gesellschaftliche Klima verbessern, was auch die Justiz dahingehend beeinflussen könnte, dass sie nach den Gesetzen der USA urteilt und nicht wie im Fall von Ramón und seinen vier Genossen nach den außenpolitischen Interessen der Regierung.

Kuba kämpft seit vielen Jahren um deren Freilassung. Haben Sie einen Überblick darüber, welche Resonanz diese Bemühungen in der Weltöffentlichkeit finden?

Viele Menschen wissen so gut wie gar nichts über Kuba. Sie haben noch nie davon gehört, dass es seit der Revolution vor einem halben Jahrhundert von den USA ausgehend laufend Terroranschläge gegen unser Land gab, denen Tausende Menschen zum Opfer gefallen sind. Das muß man erst einmal wissen, um verstehen zu können, warum wir uns so für die fünf Genossen einsetzen. Aber zum Glück hat Kuba viele Freunde in der ganzen Welt. Bis heute wurden in 100 Ländern schätzungsweise 200 Solidaritätskomitees gegründet, die sich für die Freilassung



der fünf einsetzen. Außerdem ist es gelungen, wichtige Resolutionen auf Parlamentsebene durchzusetzen - etwa in Großbritannien, Kanada, Rußland, Deutschland, Venezuela, Mexiko und Bolivien. Auch Amnesty International hat schon dreimal bei den US-Behörden eine Besuchserlaubnis für die Familienangehörigen angemahnt. Außerdem hat der Rat für Menschenrechte - früher war das die Menschenrechtskommission der UNO - im Jahr 2005 erklärt, dass diese Männer willkürlich verhaftet wurden, weil sie kein US-Gesetz verletzt haben. Bisher hat es die US-Regierung nicht für nötig gehalten, darauf überhaupt zu antworten. Aber unser Kampf um die Freilassung der fünf geht weiter.

Deren Inhaftierung ist nur eines der Probleme Kubas. Jetzt gibt es ein neues: die Verwüstung durch die Hurrikane Gustav und Ike ...

Havanna, wo ich wohne, war nicht direkt betroffen. Insgesamt wurden im Land 444000 Häuser zerstört. Der Schaden wird auf umgerechnet fünf Milliarden Dollar geschätzt. In vielen Regionen wurde das Stromnetz zerstört. Tausende Hektar Ackerland wurden durch Sturm und Regengüsse verwüstet. Alle landwirtschaftlichen Produkte sind betroffen: Tabak, Bananen, Zuckerrohr, Zitrusfrüchte, Reis usw. Es ist so, als ob das Land wie in einem Krieg großflächig bombardiert worden wäre. Die Isla de la Juventud ist total zerstört. Die Hurrikansaison endet erst Ende November - bis dahin kann es noch weitere Katastrophen geben.

Unsere Regierung hat sofort die staatlichen Reserven für diejenigen zur Verfügung gestellt, die alles verloren haben. Natürlich ist die Situation sehr kritisch, wir sind darauf vorbereitet, dass es zu zahlreichen Engpässen kommt. Unsere Landwirtschaft konzentriert sich jetzt auf schnell wachsende Früchte wie Süßkartoffeln, Mais, Yuca und Gurken.

junge Welt, 19. September 2008

Weitere Informationen unter

www.miami5.de

»Ein Großteil der Ernte ist vernichtet«

Bei der Bewältigung der Hurrikanfolgen stößt Kuba an seine Grenzen. Deutsche Welthungerhilfe unterstützt das Land. Gespräch mit Richard Haep, Regionaldirektor Kuba der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH) mit Sitz in Havanna

Interview: Cigdem Kaya

Wie schätzen Sie die Situation in Kuba wenige Wochen nach den Hurrikans »Gustav« und »Ike« ein?

Die Folgen sind gravierend, die Schäden massiv. Das betrifft vor allem die öffentliche Infrastruktur im Bereich der Energieversorgung. Auch die soziale Infrastruktur ist hart getroffen. Zehntausende Gebäude sind einfach eingestürzt oder wurden weggeweht. Viele Häuser, auch Kliniken, Fabriken oder Lagerhallen, haben Schäden davongetragen, vor allem an den Dachkonstruktionen. Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Landwirtschaft. Hurrikan »Ike« hat die gesamte Insel von Ost nach West durchquert und bis auf einen kleinen Rand im Süden und Südosten alle Landesteile getroffen. Ein Großteil der Ernte ist vernichtet. Das Landwirtschaftsministerium beziffert die Verluste auf 700.000 Tonnen an Lebensmitteln.

Seit wann und mit welchen Schwerpunkten und Projekten engagiert sich Ihre Organisation in Kuba?

Die Welthungerhilfe arbeitet bereits seit 15 Jahren in Kuba und hat in dieser Zeit 36 Projekte mit einem Volumen von 22 Millionen Euro durchgeführt. Am Anfang ging es dabei vor allem um Nahrungsmittelhilfe. Wir sind dann dazu übergegangen, Kooperativen und private Kleinbauern bei der Nahrungsmittelproduktion zu unterstützen. Schwerpunkte liegen im Bereich der städtischen Landwirtschaft und im ländlichen Raum bei Kooperativen für Viehwirtschaft. Bei der urbanen Landwirtschaft geht es darum, die Menschen vor allem mit Nahrungsmitteln aus der lokalen Produktion zu versorgen. Des weiteren haben wir Kleinprojekte im Bereich Trinkwasser für Kindergärten in Havanna initiiert.

Was sind jetzt die größten Herausforderungen, und was tut die Welthungerhilfe dabei?

Das Land befindet sich in der so genannten Recuperación, der Wiederherstellungsphase. Doch Kuba steht einer Nahrungsmittelkrise gegenüber, die sich in ihrer ganzen Größe erst in einigen Monaten zeigen wird. Deshalb muß alles darangesetzt werden, dass in der Landwirtschaft relativ kurzfristig wieder produziert werden kann. Das heißt vor allem Gemüseanbau und Anbau stärkehaltiger Pflanzen. Dabei wollen wir unterstützen sowie Nahrungsmittelhilfe für Schulen und Kindergärten leisten. Die DWHH hat 50.000 Euro aus Eigenmitteln bereitgestellt und einen Spendenaufruf gestartet.

Wie steht es um die Zusammenarbeit mit kubanischen Behörden und den anderen Hilfsorganisationen?

Die kubanische Regierung hat um Hilfe gebeten und alle Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zusammengerufen. Es wurden Bereiche festgelegt, in denen die Hilfe vordringlich ist. Bereits vorher gab es monatlich Koordinie-

rungssitzungen aller ausländischen Nichtregierungsorganisationen.

Wie schätzen Sie den Katastrophenschutz und die Nachsorge für die Bevölkerung in Kuba ein?

Die Zivilverteidigung hat hervorragend funktioniert. Inzwischen wurde die gesamte Armee zu Aufräumarbeiten mobilisiert. Die Vorratslager wurden geöffnet, um Baumaterial und Lebensmittel verteilen zu können. Das ist in der Tat hervorragend organisiert, aber selbst mit einer hervorragenden Organisation stößt Kuba bei einer Katastrophe dieses Ausmaßes an seine Grenzen.

Erhalten Sie für Ihre Arbeit in Kuba Geld von der Bundesregierung oder von seiten der EU?

Zur Zeit werden keine Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eingesetzt. Unsere laufenden Projekte werden aus Eigenmitteln bestritten, kofinanziert durch die niederländische Organisation Hivos sowie von der Schweiz und Japan. Es gibt aktuelle Hilfsangebote sowohl der Bundesregierung als auch der Europäischen Kommission.

Erweitert die Entspannung der Beziehungen zwischen der EU und Kuba Ihre Möglichkeiten, dort Hilfe zu leisten?

Gerade befindet sich eine Delegation der Europäischen Kommission in Kuba. Natürlich wird auch über solche Kooperationen gesprochen. Es gibt kein striktes Nein mehr. Fall-zu-Fall-Entscheidungen, ob Kuba solche Hilfe annimmt, scheinen möglich. Bei diesen Treffen sind zwar die Nichtregierungsorganisation nicht dabei, mein Eindruck ist aber, dass es ein konstruktiver Dialog ist.

Spenden an die DWHH: Welthungerhilfe, Kto. 1115, Sparkasse Köln Bonn, BLZ 370 501 98, Stichwort: Nothilfe

Junge Welt, 22. September 2008



Krisengipfel zu Bolivien

Südamerika unterstützt Morales

Bolivians Präsident erhält Unterstützung von seinen Amtskollegen gegen die Aufstände in mehreren Provinzen seines Landes. Ihre Vorgabe ist eindeutig: keine Gewalt.

von Gerd DILGER



Bolivians Präsident Evo Morales kann zufrieden sein: Einstimmig haben sich die anderen südamerikanischen Regierungschefs hinter ihn gestellt. Sie waren am Montag in Santiago de Chile zu einem Krisengipfel zusammengekommen, weil ihr sozialistischer Amtskollege unter großem Druck der konservativen Opposition aus den bolivianischen Tieflandprovinzen steht. Bei Auseinandersetzungen waren vergangene Woche zahlreiche Menschen ums Leben und hunderte verletzt worden.

"Zum ersten Mal in der Geschichte Südamerikas haben wir - die Länder der Region - beschlossen, die Probleme unter uns zu lösen", sagte Morales nach dem fast sechsstündigen Treffen im Präsidentenpalast Moneda. Auch für Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat sich die Reise gelohnt. Vor allem er hatte auf Verhandlungen gedrängt. Nun konnte er durchsetzen, dass Morales die Mittlerrolle des im Mai neu gegründeten Staatenbundes Unasur (Union südamerikanischer Staaten) akzeptiert hat. "Ein armes Land wie Bolivien braucht Ruhe, um sich entwickeln zu können", sagte Lula sichtlich erleichtert, als er den Moneda-Palast verließ. Noch knapper lautet die Formel seines Außenministers Celso Amorim: "Druck und Dialog".

Im Klartext bedeutet der Konsens von Santiago: Die rechte Opposition, allen voran das "Bürgerkomitee" in der östlichen Provinzhauptstadt Santa Cruz, muss die Büros der Zentralregierung räumen, die sie vor einer Woche besetzt hatte. Danach sollen die bereits eingefädelteten Verhandlungen in Boliviens Hauptstadt La Paz beginnen. Vertreter der Nachbarländer werden als Beobachter vor Ort sein und dabei auch Präsident Morales in die Pflicht nehmen. Denn auch an seiner Gesprächs- und vor allem Konzessionsbereitschaft bestehen durchaus Zweifel.

Zum Auftakt des hermetisch abgeriegelten Krisengipfels hatte Evo Morales ein langes Video über die dramatischen

Ereignisse der letzten Woche gezeigt. Er warf den rechten Gouverneuren vor, einen Putsch versucht zu haben. Es folgte gewohnt wortreich Hugo Chávez aus Venezuela, anschließend redete die Argentinierin Cristina Fernández de Kirchner. Beide kritisierten, wenn auch unterschiedlich vehement, die Einmischung der USA.

Der Pragmatiker Lula gab dem Gipfel die entscheidende Wendung: Knapp fragte er Morales, ob er eher auf Druck oder auf Dialog setzen wolle, und riet zu beidem - mit klarem Akzent auf Gespräch. Sollte die Regierung in La Paz dagegen auf Repression setzen, sei die Unasur machtlos. Fernando Lugo aus Paraguay und Álvaro Uribe aus Kolumbien bliesen ins gleiche Horn.

Außerdem beschlossen die Staatschefs, eine Kommission nach Bolivien zu schicken, die das Massaker an Kleinbauern in der Amazonasprovinz Pando untersuchen soll. Für das Blutbad am vergangenen Donnerstag macht Morales den rechten Gouverneur Leopoldo Fernández verantwortlich - der seinerseits die Zentralregierung beschuldigt. Am Montag tauchten in Bolivien Videoaufnahmen auf, auf denen Funktionäre der Provinzregierung auf wehrlose Kleinbauern schießen. In dem abgelegenen Landstrich wurden bisher 15 Leichen geborgen.

Gastgeberin Michelle Bachelet betonte, dass in den Unasur-Statuten die Bedeutung der Demokratie, der Menschenrechte und der Nichteinmischung festgeschrieben seien. "In Lateinamerika haben wir früher schmerzhaft Erfahrungen mit politischen Krisen gemacht", sagte die chilenische Sozialdemokratin, die derzeit den Unasur-Vorsitz innehat. "Die haben uns gelehrt, wie wichtig es ist, in der Demokratie die Gewalt als Form der Konfliktlösung zu vermeiden."

Entgegen dem Plädoyer von Hugo Chávez wurden die USA in der Abschlussresolution mit keiner Silbe erwähnt - ein weiterer Erfolg der brasilianischen Diplomatie. Dennoch stellt der Gipfel eine klare Emanzipation des Subkontinents von Washington dar. Die USA hätten nämlich lieber die "Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) als vermittelnde Instanz gesehen, in der sie selbst eine Führungsrolle spielen. Doch tatsächlich war es deren Missionen nie gelungen, Bewegung in die verhärteten Fronten Boliviens zu bringen. Nachdem Bolivien und die USA nun auch noch vergangene Woche ihre Botschafter gegenseitig ausgewiesen haben, ist die Stimmung zwischen den Regierungen in Washington und La Paz frostiger denn je.

Am Montag demonstrierten zehntausende Morales-Anhänger in La Paz. Die Polizei hielt zwei Demonstrationzüge auf, als sie sich auf die US-Botschaft zubewegten. Nachdem sie ein Sternenbanner und eine Puppe des Gouverneurs der Provinz Pando verbrannt hatten, zogen sie weiter. Die größtenteils aus der Trabantenstadt El Alto stammenden DemonstrantInnen forderten die Bestrafung von Gouverneur Fernández, gegen den die Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet hat.

In Pando selbst wurde der Ausnahmezustand halbherzig umgesetzt: Zwar nahmen Soldaten elf Verdächtige fest, doch Leopoldo Fernández gab trotz des Haftbefehls vom Samstag weiterhin in der Provinzhauptstadt Cobija unbehelligt Interviews. Auch in der östlichen Metropole Santa Cruz blieb die Stimmung angespannt. Zwar hatten die konservativen "Autonomisten" ihre Straßensperren

geräumt, nicht jedoch die Morales-Anhänger. Sie wollten weiterblockieren, bis die Besetzer die Regierungsbüros verlassen haben. In der Erdgasregion Chaco weigerten sich die rechten "Bürgerkomitees" bisher einzulenken.

Dagegen ist das Basisabkommen für den Beginn der Verhandlungen mit dem Gouverneur von Tarija so gut wie fertig. Ab heute soll über die harten Themen gefeilscht werden: die von den "Autonomisten" abgelehnte neue Verfassung und die Verteilung der Erdgassteuer. Evo Morales soll im Lauf des Vormittags dazustoßen. Das Rezept "Druck und Dialog" ist klar - nun geht es um die richtige Dosierung.

TAZ, 16. September 2008

Spur der Verwüstung

Sieben Tote und Milliarden-schäden nach Durchzug von Hurrikans in Kuba

Von Santiago Baez

Sieben Tote, mehr als eine halbe Million beschädigte Häuser, ein Gesamtschaden von etwa zehn Milliarden US-Dollar: Die beiden Wirbelstürme »Gustav« und »Ike«, die innerhalb von zehn Tagen Kuba heimgesucht haben, hinterließen eine Spur der Verwüstung. Vor allem in Holguín, Pinar del Río, Las Tunas, Camagüey und auf der Isla de la Juventud (Insel der Jugend) verursachten Wind und heftige Regenfälle schwere Zerstörungen.

In der Fernsehsendung »Mesa Redonda« (Runder Tisch), in der das kubanische Fernsehen täglich die Berichte über die Schäden und die Aufräumarbeiten zusammenfaßt, informierte Ana Isa Delgado, Präsidentin des Verteidigungsrates der von »Ike« schwer betroffenen Isla de la Juventud, dass bis Sonnabend bereits 77 Prozent der Stromversorgung wieder hergestellt werden konnten. Am heutigen Montag soll auch dort – wie in ganz Kuba – der Schulunterricht nach den Sommerferien wieder beginnen.

In der Jugendzeitung Juventud Rebelde zieht die nationale Zentrale des kubanischen Zivilschutzes Bilanz. 2,5 Millionen Menschen seien vor den Stürmen in Sicherheit ge-



bracht worden, ohne dass es dabei zu Unfällen gekommen wäre. Detailliert informiert der Zivilschutz über die Umstände, unter denen die sieben Todesopfer ums Leben gekommen sind und kommt zu der Schlußfolgerung, dass auch diese Todesopfer zu vermeiden gewesen wären, wenn sich die Betroffenen an die Anweisungen des Zivilschutzes gehalten hätten.

Derweil treffen immer mehr Hilfsgüter in Kuba ein. Ecuador übernahm die Kosten für Hilfssendungen des Welt-ernährungsprogramms der UNO, darunter neun Tonnen Dosenfisch und 45 Tonnen mit Proteinen angereicherte Kekse. Mexiko bot der kubanischen Regierung Hilfe für den Wiederaufbau der eingestürzten oder beschädigten Wohnhäuser an. Die Arbeiter des indischen Medizinproduzenten Biocon, der mit kubanischen Einrichtungen bei der Produktion von Impfstoffen zusammenarbeitet, beschlossen, einen Tageslohn für die Opfer der Wirbelstürme zu spenden. Auch in zahlreichen Ländern Lateinamerikas, so in Venezuela und Ecuador, liefen Solidaritätskampagnen an.

Eine Ausnahme stellt erneut die Regierung in Washington dar. Wie Prensa Latina berichtet, fordern die US-Behörden als Voraussetzung für Hilfeleistungen oder auch nur eine Lockerung der Blockade, dass eine Gruppe von Inspektoren Kuba besuchen und die von den Wirbelstürmen angerichteten Schäden bestätigen soll. US-Außenministerin Condoleezza Rice sagte hingegen, es sei momentan »nicht weise«, auch nur einzelne Handelsverbote gegen die Insel aufzuheben.

Auch die Regierungen Europas ließen Kuba im Stich, kritisiert die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. und veröffentlicht einen Spendenaufruf: »Helfen Sie Cuba, diese Katastrophe zu überstehen. Helfen Sie mit beim Wiederaufbau des Landes.« Spenden können unter dem Stichwort »Hurrican« überwiesen werden an das Spendenkonto bei der Postbank Köln, Konto 307 984-507, BLZ 370 100 50.

junge Welt, 15. September 2008



Wissenschaft und Technik

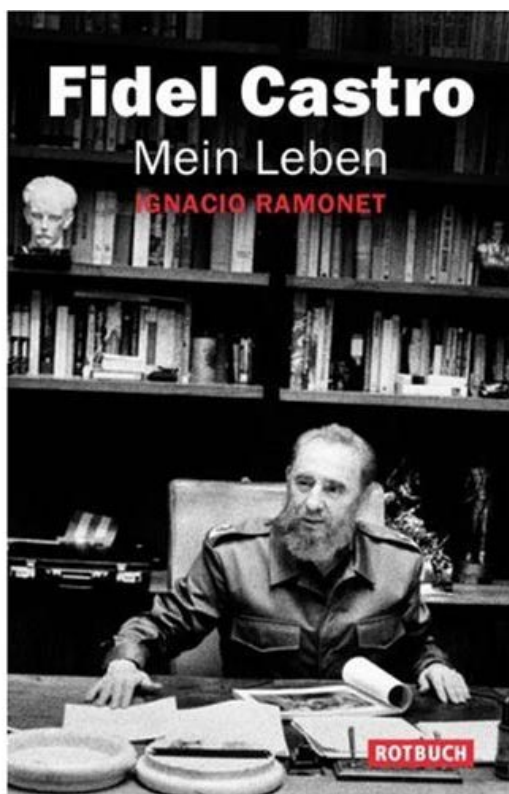
Russland verhandelt mit Kuba und Venezuela über Nutzung von GLONASS-System

MOSKAU, 23. September (RIA Novosti). Russland verhandelt mit Kuba und Venezuela über die gemeinsame Nutzung der Navigationssatelliten des russischen GLONASS-Systems.

Das teilte der Chef der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Anatoli Perminow, am Dienstag in Moskau mit. Er sei vor kurzem auf Kuba gewesen, wo großes Interesse am GLONASS-System bestehe. "Zum Jahr 2010 soll das System die gesamte Erde erfassen", sagte Perminow.

"Zudem bekundeten die Kubaner Interesse an Daten, die vom russischen Erkundungssatelliten Resurs-DK gewonnen werden." In diesem Zusammenhang schloss Perminow die Gründung eines russisch-kubanischen Raumfahrtzentrums nicht aus, in dem von Satelliten gelieferte Daten ausgewertet werden könnten. "Möglich ist auch die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens, das sich auf die zivile Nutzung des Weltraumes spezialisieren wird."

Mit Venezuela sei noch kein Abkommen über die gemeinsame friedliche Erschließung des Weltraumes geschlossen worden. Russland möchte in dieser Region Bodenstationen für den Empfang telemetrischer Daten vom Orbit haben. "Dabei wird es keine militärische Komponente geben. Wichtig ist, dass sich alle darüber klar werden", sagte Perminow.



BUCHTIPP

Revolutionär, Symbol, Mythos

Diese Autobiografie ist Castros politisches Vermächtnis!

Er gilt als der am längsten amtierende Staatsmann der Geschichte:

ein halbes Jahrhundert stand der »Máximo Líder« an der Spitze Kubas. Er überdauerte neun US-Präsidenten und pflegte persönliche Kontakte zu den wichtigsten Köpfen der Welt. Er rauchte Zigarren mit Nikita Chruschtschow und Willy Brandt, empfing Papst Johannes Paul II., pflegte Freundschaften mit Gérard Depardieu und Ernest Hemingway.

Im Februar 2008 legte der kubanische Staats- und Parteichef sämtliche politischen Ämter nieder. Jetzt erscheinen seine Memoiren erstmals auf Deutsch.

Einen echten Einblick in sein Leben – abseits vom heroisierenden Personenkult – hat Fidel Castro lange Zeit verwehrt. An seinem Lebensende hat er nun seine eigene, persönliche Geschichte erzählt. Der erste sozialistische Regierungschef in der westlichen Hemisphäre berichtet unter anderem von seiner Kindheit und enthüllt unbekannte Fakten zur Geschichte seines Landes. Aber auch heikle und kritische Themen werden behandelt: Demokratie und Menschenrechte, die Verhaftung von Oppositionellen und die Todesstrafe für Dissidenten.

Ignacio Ramonets Aufzeichnungen intensiver Gespräche und Interviews sind ein Meilenstein in der Auseinandersetzung mit Fidel Castro. Sie sind sowohl die Autobiografie und das politische Testament des »Commandante en Jefe« als auch ein spannender und aufwühlender Beitrag zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Revolution.

Fidel Castro
Mit Ignacio Ramonet
Mein Leben

Aus dem Spanischen von Barbara Köhler
ISBN: 978 -3 -86789 - 038 - 0
ca. 29,90 €

Blickpunkt Kuba

Herausgeber: Cuba Solidaritätsgemeinschaft Granma e.V.

c/o Franz Schütz, Kainzenbadstraße 28, 81671 München

Email: franz.schuetz@granmasoli.de // Internet: www.granmasoli.de

Spendenkonto: 1710206, BLZ 70160300 (Raiffeisenbank München)

Die Cuba – Solidaritätsgemeinschaft Granma e.V. dient ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten, gemeinnützigen Zwecken und ist berechtigt, Spendebescheinigungen auszustellen